

presse

Schavans Probleme mit den Zahlen

Anlässlich des Umgangs von Bundesministerin Schavan mit Fakten und empirischen Ergebnissen erklärt der bildungs- und forschungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Ernst Dieter Rossmann:

Bundesministerin Schavan weiß offenbar selber nicht, was sie alles beauftragt und welche Ergebnisse sie wann bekommt. Was anderes lässt sich aus ihren Antworten auf parlamentarische Anfragen der SPD-Bundestagsfraktion nicht schließen. Demnach sei die Herauslösung und Verschiebung der Auswertung zu den Studiengebühren aus dem Endbericht HIS-Studie zu Studienberechtigten 2008 nie mit dem BMBF abgestimmt gewesen.

Das hält sie aber nicht davon ab, munter Pressemitteilungen zu Detailergebnissen des Endberichts rauszugeben oder Daten selektiv bis verfälschend zu nutzen. Die HIS-Studie selbst ist dabei nach wie vor unter Verschluss. Dieser Umgang mit wissenschaftlichen Ergebnissen zur Hochschulpolitik ist ein Armutszeugnis für Schavan. Einst wollte sie die "Bildungsideologien" überwinden und rein "wissensbasiert" Bildungspolitik machen. Wenn die Zahlen aber nicht in ihr Konzept passen, werden sie

- zurückgehalten, wie die HIS-Studie zu den Studienberechtigten 2008 sowie die offenbar geplante Sonderauswertung zu den Studiengebühren;
- ausgeblendet, wie die laut zweitem Nationalen Bildungsbericht höheren Studienabbruchquoten in Bachelor-Studiengängen oder die steigende Benachteiligung von Schülerinnen und Schülern sowie Studierenden aus bildungsfernen Schichten, wie sie die 18. Sozialerhebung des DSW belegt, oder
- bewusst missverständlich wiedergegeben, wie jüngst die steigende Studierneigung bei jungen Menschen aus bildungsfernen Schichten als

Indikator für eine abnehmende soziale Selektivität. Die ist tatsächlich aber nicht der Fall.

Ein zweites Beispiel für Schavans Probleme mit den Zahlen ist ihr sachfremder Umgang mit den unbesetzten Studienplätzen zum Wintersemester 2009/10. Fröhlich ließ sie den Anteil der 18.000 unbesetzten Plätze an allen Studierenden berechnen und verkündete die folglich "geringe Lücke" von 0,8 Prozent auch im Bildungs- und Haushaltsausschuss des Bundestages. Eine sinnvolle Bezugsgröße wäre allein die Zahl der Studienanfänger zum Wintersemester gewesen. Dies vermeidet Sie wohlweislich, weil ihr offenbar die Anteile dann als zu hoch erschienen.

Zu einer fundierten hochschulpolitischen Debatte bedarf es auch einer Redlichkeit im Umgang mit empirischen Daten und Ergebnissen. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesministerin auf, vorliegende Ergebnisse unverzüglich dem Parlament zugänglich zu machen und eine sachgerechte Debatte nicht länger im Wege zu stehen.